Pressespiegel

Ausgabe: 23.05.2017

Niederrhein DGB

IG BAU begrüßt Signal des Bundestages gegen die Einführung des Herkunftslandprinzips

Dietmar Schäfers, Stellvertretender Bundesvorsitzender IG BAU (Foto: IG BAU Paul Schimweg)

Frankfurt am Main, 19.05.2017
Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) begrüßt die Forderung des Bundestags, das geplante Dienstleistungspaket der EU-Kommission in vorliegender Form nicht passieren zu lassen. Der Bundestag hatte gestern Abend einstimmig eine Stellungnahme zu Dienstleistungen im EU-Binnenmarkt verabschiedet, die die Bundesregierung in Verhandlungen bindet.

„Das Dienstleistungspaket der EU-Kommission ist missglückt. Es schafft keine besseren Regeln, sondern erleichtert Lohn- und Sozialdumping und setzt auf einen unkontrollierbaren Wettbewerb. Es ist gut, dass sämtliche im Bundestag vertretenen Parteien das erkannt haben“, sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers.

„Die Bundesregierung muss nun ihren gesamten Einfluss in Brüssel geltend machen, um den Parlamentswillen durchzusetzen.“

Nach Plänen der EU-Kommission würde mit der Dienstleistungskarte das Herkunftslandprinzip durch die Hintertür wieder eingeführt. Die Karte soll danach im Herkunftsland ausgestellt werden und kann wegen kurzer Fristen ohne Überprüfung durch den Aufnahmestaat bescheinigen, dass die Gesetze des Ziellands eingehalten werden.

Der Bundestag stellte fest, dass dadurch die nationalen Anforderungen zu sozialen Standards ausgehöhlt und umgangen werden. Der Bundestag fordert nun in seiner Stellungnahme, dass kein neues Instrument entstehen darf, durch das Arbeitskontrollen behindert oder Scheinselbstständigkeit und Schwarzarbeit erleichtert werden.

Lokalkompass.de 20.05.2017

Pressespiegel

Ausgabe: 23.05.2017

Niederrhein DGB

Autobahngesellschaft: Große Koalition beweist Handlungsfähigkeit

Dietmar Schäfers, Stellvertretender Bundesvorsitzender IG BAU (Foto: IG BAU Paul Schimweg)

Frankfurt am Main, 19.05.2017
Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) begrüßt die gestrige Einigung der Koalitionsspitzen über ein Verbot der Autobahnprivatisierung. „Die Koalitionsparteien beweisen mit der Einigung auf ein Privatisierungsverbot von Autobahnen Verantwortung und Handlungsfähigkeit.

Eine Privatisierung von zentraler öffentlicher Infrastruktur ist damit verhindert und zwar auch eine durch die Hintertür. Dafür hat sich die IG BAU lange stark gemacht“, sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers.

„Die ursprünglich von den Unionsfraktionen geplanten weitreichenden Beteiligungsmöglichkeiten von Banken und Versicherungen an Autobahnen sind damit vom Tisch. Das wäre für Staat wie auch für Autofahrer sonst teuer geworden. Autobahnen wurden vom Steuerzahler bezahlt und sind öffentliches Eigentum. Das muss auch in Zukunft so bleiben.“

Nach der nun vorliegenden Einigung soll im Zuge der Bund-Länder-Finanzreform auch die Verantwortung für Autobahnen und große Bundesstraßen zwischen Bund und Ländern neu geordnet werden. Danach wird der Bund für die Planung, Verwaltung und den Betrieb der Autobahnen zuständig. Die Aufgabe übernimmt eine Infrastrukturgesellschaft. Lange umstritten war, ob sich private Investoren an dieser beteiligen können.

Die IG BAU lehnte dies ab, weil sie höhere Kosten und zusätzliche Belastungen für Autobahnnutzer befürchtet. „Private Investoren wollen Gewinn erzielen. Das ist an sich nicht verwerflich. Es ist aber nicht Aufgabe des Staates ihnen lukrative Geschäftsmodelle auf Kosten der Bürger zu verschaffen“, sagte Schäfers. „Die öffentliche Hand kann bei den derzeit niedrigen Zinsen sehr gut Bauvorhaben aus eigener Kraft günstig finanzieren.“

Lokalkompasse.de 22.05.2017

Pressespiegel

Ausgabe: 23.05.2017

Niederrhein DGB

IG BAU: Hochtief zahlt Lohnerhöhung

Carsten Burckhardt, Mitglied des Bundesvorstandes IG BAU (Foto: IG BAU Alexander Paul Englert)

Verbandsflucht

Frankfurt am Main, 22.05.2017
In der Auseinandersetzung über die Verbandsflucht des Baukonzerns Hochtief hat die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) einen wichtigen ersten Erfolg erzielt. Hochtief zahlt auf Druck der IG BAU ihren Beschäftigten ab diesem Monat die im Flächentarif vereinbarte Lohnerhöhung von 2,2 Prozent im Westen und 2,4 Prozent im Osten.

Der Konzern war zum Januar dieses Jahres aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten und fühlte sich damit nicht mehr an den Flächentarif gebunden.

In der ersten Verhandlungsrunde für einen Haustarifvertrag hatte der Vorstand den Angestellten lediglich ein Plus von 1,4 Prozent für dieses Jahr gönnen wollen. „Wir haben von Anfang an klar gemacht: Wer aus dem Arbeitgeberverband austritt, braucht sich keine Hoffnung darauf zu machen, dass wir für einen Billig-Haustarifvertrag zu haben sind. Eine Verschlechterung gegenüber dem Flächentarif wird es mit der IG BAU nicht geben“, sagte IG BAU-Bundesvorstandmitglied und Hochtief-Aufsichtsrat Carsten Burckhardt. „In den vergangenen Monaten haben wir viele Hundert Beschäftigte von der Arbeit der IG BAU überzeugt. Sie haben uns mit ihrem Eintritt in die Gewerkschaft ihr Vertrauen ausgesprochen, dass die IG BAU ihre Interessen gegenüber dem Konzernvorstand vertritt. Genau das werden wir tun.“

Die Verhandlungen über den Haustarifvertrag ziehen sich hin. In der vergangenen Woche ist bereits die dritte Verhandlungsrunde ergebnislos vertagt worden. Der Vorstand hält es weiterhin für innovativ, den Urlaub deutlich zu kürzen sowie Löhne und Gehälter von Flächentarifen abzukoppeln.

Die IG BAU fordert dagegen die Anerkennung sämtlicher Tarifverträge der Deutschen Bauwirtschaft, um Hochtief-Beschäftigte nicht vom Rest der Branche abzukoppeln. Dazu fordert die IG BAU tarifliche Regelungen, die die Herausforderung der Zukunft meistern, wie einen Tarifvertrag für mobiles Arbeiten und eine Sabbatical-Regelung. Darüber hinaus müssen in der Branche Baustellenunterkünfte, Fahrtkosten und der Verpflegungszuschuss tariflich vereinbart werden. Schließlich will die IG BAU ein 13. Monatseinkommen für alle Beschäftigten inklusive eines Fonds „Soziale Sicherheit“ und Sonderbonus durchsetzen.

Lokalkompass.de 22.05.2017